

Alte JVA im Blickpunkt

Bürgerrunde der Bürger für Landshut (BfL)

(red) Bei der jüngsten Bürgerrunde der Bürger für Landshut (BfL) ist erneut eine Reihe von kommunalpolitischen Themen auf der Tagesordnung gestanden. Insbesondere hat das bereits viele Jahre von den BfL verfolgte Schicksal der alten Justizvollzugsanstalt durch ein Antwortschreiben der Regierung von Niederbayern Aktualität erhalten.

Bereits im Juni hatten sich die Bürger für Landshut mit Fragen an die Vertretung des Freistaats Bayern in Landshut gewandt. Aus der Antwort geht unter anderem hervor, dass die Stadt Landshut bei der Entscheidung über die künftige Nutzung stets eingebunden war und ist und sich an der Grundsatzentscheidung einer nur temporären Zwischennutzung für ein Übergangwohnheim nichts geändert hat. So habe die Stadt mit Unterstützung den Europa-Wettbewerb ausgelobt. Die anwesenden BfL-Mitglieder vertraten die Ansicht, dass zeitnah mit der Suche nach Interessenten begonnen werden sollte

und die sich daraus ergebenden verschiedenen Nutzungsarten gegeneinander abzuwägen sind. Dabei soll auf ausführliche Bürgerbeteiligung großer Wert gelegt werden. Danach solle die Stadtverwaltung die planungsrechtlichen Voraussetzungen vorbereiten, um eine baldmögliche Umsetzung der Neunutzung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang erinnerte man an die jahrelangen Bemühungen der BfL, den Leerstand des stadtbildprägenden Gebäudekomplexes zu verhindern beziehungsweise zu verkürzen.

Weitere Themen des Abends waren die Aufgabe eines gemeinsamen Geothermie-Projekts mit der Gemeinde Altdorf, die Rolle rückwärts von Stadtrat und Verwaltung in Sachen Martinsschule, ausreichend Parkraum für Kunden des Landshuter Innenstadt-Einzelhandels nach dem weitgehenden Ausfall des Parkhauses an der Wittstraße sowie die unsachgemäße Biozidverwendung in der Stadt durch Firmen, die scheinbar unqualifiziert vorgehen.



Die Zukunft der Alten JVA war Gegenstand der jüngsten Bürgerrunde des Vereins Bürger für Landshut.